

„Diese Politik ist nicht christlich“

Politiker sagen, mit der Bergpredigt könne man keine Wahlen gewinnen. Die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreichs hält dagegen. Ein Gespräch über Humanismus und Abschottungspolitik.

JOSEF BRUCKMOSE

Gerda Schaffelhofer steht an der Spitze der katholischen Laien in Österreich. Die SN sprachen mit ihr über die Flüchtlingspolitik und über die Frauen in der Kirche.

SN: Frau Präsidentin, Sie haben sich mehrfach sehr kritisch zur Flüchtlingspolitik geäußert. Wie ist Ihre Bilanz?

Schaffelhofer: Die ist eine sehr traurige. Wir erleben eine Unkultur des Wegschauens, die auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die vor Terror, Krieg und Elend flüchten. Es ist für mich insinuiert bedauerlich, dass Österreich in diesem Trauerspiel eine Hauptrolle spielt. Von christlicher Politik sind wir weit entfernt.

SN: Politiker müssen auch gewährt werden. Und die Stimmung im Land war im Herbst 2015 katastrophal.

Ich lehne es grundsätzlich ab, Politik aus wahltaktischen Überlegungen zu machen. Wir sollten eine Politik für die Menschen machen. Vor allem für die Menschen im eigenen Land, aber genauso für die Menschen, die an unsere Grenze kommen und jetzt an Zäune stoßen.

Politiker betonen gern, dass Politik ein Rendezvous mit der Realität sei. Das stimmt. Aber es ist auch Realität, dass im vergangenen halben Jahr mehr als 300 Kinder im Mittelmeer ertrunken sind. Es ist auch Realität, dass Menschen das täglich erleben, was wir mit den Terroranschlägen in Paris und Brüssel erlebt haben und was uns mit Angst und Abscheu erfüllt. Diese Angst haben die Flüchtlinge jeden Tag erlebt. Sie haben alles zurückgelassen und die Flucht ergriffen, um diesem Terror zu entkommen. Und wir machen aus Europa eine Festung und sind auch noch stolz auf unsere Abschottungspolitik und unsere Grenzschäntze.

SN: Aber gehört nicht auch zur Realität, dass die große Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher im Herbst das Gefühl hatte „Mehr geht nicht“?

Die Mehrheit muss nicht immer recht haben. Tatsache ist, dass wir alle in einer Angstgesellschaft leben. Daher neigen wir zu einem Verhalten, das nicht solidarisch ist.

Wenn uns dann von der Politik her auch noch eingeflüßert wird, „Da kommen Millionen auf uns zu!“, dann werden diese Ängste, die latent immer da sind, geschürt. Ein Politiker hat von zehn Millionen gesprochen, von einem Tsunami, der über uns hereinbricht! Das ist eine gefährliche Redeweise. Denn je mehr die Angst geschürt wird, desto mehr lässt sie den Ruf nach einem Durchgreifen laut werden, nach ei-

nem starken Mann. Der Rechtsruck in Europa zeigt das sehr deutlich.

Der Weg muss ein vollkommen anderer sein. Die Politik ist gefordert, uns unsere Ängste zu nehmen und alle, vor allem die vielen Ehrenamtlichen, die sehr viel guten Willen gezeigt haben, zusammenzuführen und zu überlegen, wie wir diese – zugegeben – große Herausforderung gemeinsam meistern können.

SN: In Deutschland gab es einen starken Zulauf zur AfD.

Manche sagen, die Willkommenspolitik von Angela Merkel habe den Rechtsruck provoziert. Trotzdem hat es auch Baden-Württemberg gegeben. Dort hat Winfried Kretschmann gewonnen, der die Politik von Angela Merkel ausdrücklich unterstützt hat. Ich glaube daher, dass man genau unterscheiden muss zwischen kurzfristigen politischen Erfolgen, die auf Wahlen zielen, und dem, was nachhaltig ist. Eine Politik mit unchristlichen Mitteln ist nicht nachhaltig und wird das sogenannte christliche Abendland nicht retten.

dass es keine Politik der kleinen Schritte und keine Kompromisse geben darf. So realitätsfremd bin ich nicht. Aber es muss in diese Richtung gehen, und immer wenn ich ein Stück erreicht habe, muss ich mich fragen, was der nächste Schritt in Richtung Evangelium ist.

Ich habe das Gefühl, dass es im Augenblick in die Gegenrichtung geht. Wir gehen immer mehr von solidarischem Verhalten weg, wir stellen immer mehr infrage. Ja, wir schrecken sogar Menschen ab, die sich ehrenamtlich engagieren, und wir untergraben die Spendenfreudigkeit, weil die Hilfsorganisationen umso weniger öffentliche Mittel bekommen sollen, je mehr sie durch Spenden aufgebracht haben. Das sind alle Dinge, die die Menschen vor den Kopf stoßen.

SN: Nichts ist christlich in der ÖVP und nichts ist solidarisch in der SPÖ?

Meiner Meinung nach sollte die ÖVP, wenn sie ehrlich ist, das Wort christlich aus dem Parteiprogramm streichen, und die SPÖ sollte das Wort Solidarität nicht mehr in den Mund nehmen. Wir brauchen Politiker, die den Mut haben zu sagen, dass es eine neue Form des Teilens wird geben müssen. Wir werden unseren Wohlstand in den nächsten 20 Jahren mit noch so vielen Zäunen nicht halten können. Das heißt überhaupt nicht, dass wir alles verlieren, aber wir müssen etwas von unseren Privilegien abgeben. In der vernetzten Welt lässt es sich nicht aufhalten, dass Menschen die extreme Ungleichheit sehen und ihren Anteil am Wohlstand einfordern.

Wenn ich auf der einen Seite höre, dass die Mittagspause für Beamte immer noch bezahlt wird und dass das Hunderte Millionen Euro im Jahr kostet, und wenn ich auf der anderen Seite sehe, dass in den Nachbarländern der Krisenregionen Kinder zwölf Stunden pro Tag arbeiten müssen, um ihre Familien am Leben erhalten zu können, dann ist eine neue Art von Nachdenklichkeit absolut angebracht.

SN: Ungleichheit ist auch ein Stichwort in der Kirche, vor allem zwischen Männern und Frauen. Sehen Sie unter Papst Franziskus eine Bewegung?

Ich sehe eine Bewegung, aber sie ist noch sehr langsam. Das macht mich traurig, weil Kirche der Ort sein sollte, wo Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenarbeiten und leben.

Die Frau hat von Jesus her den gleichen Stellenwert wie der Mann. Das wird in der katholischen Kirche viel zu wenig gelebt. Manche sprechen daher von einer Schuldgeschichte der Kirche. Ich meine, dass das teilweise stimmt. Denn der Um-



„Wir haben Europa zur Festung gemacht.“

BILD: SINDRAMARIUS BECKER

gang Jesu mit den Frauen war ein ganz anderer. Die Frauen haben zu der Gemeinschaft um Jesus dazugehört und waren zu Ostern die ersten Botinnen der Auferstehung, während die Männer sich verdrückt und verschanzet hatten.

Das ist später in der patriarchalen Welt gänzlich verloren gegangen. Wir wurden reduziert auf die gehorsamen Gattinnen, die gebärfreudigen Mütter und die demütigen Mägde. Das ist bis heute eine Bruchlinie.

SN: Sie haben gesagt, wenn es in Zukunfts das Weiberm noch gibt, wird es auch Frauen im Priestertum geben. Werden Sie das noch erleben?

Das glaube ich nicht und ich strebe das im Augenblick auch nicht an, weil die Kirche dafür nicht reif ist. Aber sollte es das klerikale Priestertum eines fernen Tages noch geben – es könnte ja auch sein, dass wir zur Urkirche zurückkehren, ohne Hierarchien –, dann werden auch Frauen dieses Amt bekleiden.

Dreizeit sollten wir als Frauen alles tun, was wir auf der Grundlage des allgemeinen Priestertums aller Männer und Frauen tun können. Auch deshalb, weil in der Frage der

Frauenweihel alle sehr einmündigt ist. Da dürfen wir auch Papst Franziskus nicht überfordern. Er hätte für eine Änderung derzeit keine Mehrheit. Ich glaube, dass dafür ein Konzil notwendig sein wird.

SN: Sie vertreten die kirchliche Basis. Ist dort ein Franziskus-Bonus spürbar?

Ich glaube, dass Papst Franziskus ein Weckruf des Heiligen Geistes ist an eine sehr satte Christenheit. Dieser Weckruf tut uns sehr, sehr gut. Dass wir an die Ränder gehen müssen, dass Kirche eine hellende Funktion hat und nicht dauernd mit dem moralischen Zeigefinger daherkommen soll, das sind wichtige Wegweiser. Was Papst Franziskus auszeichnet, ist die Übereinstimmung seines Lebens und seines Tuns. Das ist sehr wohntuend. Daher bin ich optimistisch, dass etwas Neues angebrochen ist. Entscheidend ist, dass wir mitgehen.

Gerda Schaffelhofer ist als Präsidentin der Katholischen Aktion Österreichs (KAÖ) eine maßgebliche Stimme der Laien in der Kirche. „Sie hat u. a. das Zukunftsforum über „Kirche in der Gesellschaft“ initiiert.



BILD: ANDREA GÖTTSCHEW

„Wir stoßen Ehrenamtliche vor den Kopf.“

Gerda Schaffelhofer, KAÖ

SN: Sehen Sie in der österreichischen Regierung noch Persönlichkeiten mit einer christlich-sozialen Gesinnung?

Wir haben in Österreich auf Bundesebene in vielen keine Politik mehr, die den Anspruch erheben kann, christlich ausgerichtet zu sein. Für mich ist der Schutz von Menschen in Not, die vor Krieg und Gewalt fliehen, ein Kernelement des Christentums. Dieses ethische Grundprinzip wird im Augenblick in der österreichischen Bundesregierung von niemandem vertreten.

Wenn man das, was auf Bundesebene gelebt wird, mit dem in Übereinstimmung bringen möchte, was in der Bibel steht, dann müsste die Bibel umgeschrieben werden. Dann müsste es heißen: Verteidigt euren Wohlstand gegen die, die euch bedrängen, baut Zäune, schützt euch ab, ihr habt euch mit Recht etwas geschaffen, ihr seid feilschig gewesen, das ist euer Land, baut Festungen. Das finde ich nirgendwo im Evangelium. Dort heißt es, der Nächste ist der, der meine Hilfe braucht.

SN: Politiker sagen, Bergpredigt schön und gut, aber damit kann man keine Politik machen.

Es ist die Rechtschur. Ich kann und muss mich als Politiker in diese Richtung bewegen. Ich sage ja nicht,